

Wohin führt der richtige Weg?

Zur Situation burmesischer Arbeitsmigranten in Thailand und Malaysia nach der globalen Finanzkrise

Jährlich verlassen tausende Menschen ihre Heimat Burma auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 3,5 Millionen »legale« und »illegale« Migranten aus Burma in den umliegenden Staaten Südostasiens arbeiten.

Marlene Weck



Papiere geben ihnen Legitimität und bringen sie in Gefahr.

Quelle: The Irrawaddy, Ausgabe 18, No. 2

Was diese Menschen antreibt, ist nicht nur die Aussicht auf bessere Löhne in den Zielländern, sondern vor allem der Wunsch, den menschenunwürdigen Verhältnissen, die in ihrer Heimat herrschen, zu entfliehen. Die meisten der Migranten entstammen den Gebieten ethnischer Minderheiten, wo sie oft in bürgerkriegsähnlichen Zuständen leben müssen. Ausbeutung und Unterdrückung, Zwangsarbeit und Unterrichtsverbot macht es den Menschen dort schier unmöglich, ihr eigenes Überleben, das ihrer Familien und ihrer Kultur zu sichern.

Doch sind die Umstände, die sie als Arbeitsmigranten in Thailand, Malaysia, Bangladesh oder Singapur erwarten, oft nicht viel besser als die, die sie zurückgelassen haben (oder gar schlimmer?). Ge-

rade in Krisenzeiten erhöht sich der Druck auf die Einwanderer als »letztes Glied der Kette« auf dem Arbeitsmarkt. So hatte die globale Finanzkrise im vergangenen Jahr auch in den Ländern Südostasiens spürbare soziale Auswirkungen. An Beispielen aus der Textilbranche im Norden Thailands und der Bauindustrie in Malaysia soll die aktuelle Situation der burmesischen Migranten beschrieben werden.

Die Stadt Mae Sot im Nordosten Thailands liegt direkt an der burmesischen Grenze. Der Fluss Moei grenzt die beiden Länder hier auf natürliche Weise voneinander ab und es gibt eine Brücke von Mae Sot zur burmesischen Grenzstadt Myawaddy, die den schönen Namen »Myanmar-Thailand-Friendship-Bridge« trägt. Mae Sot lebt ökonomisch vom Handel mit Burma und ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung der Stadt wird von burmesischen Migranten gestellt. Insgesamt arbeiten hier ca. 300.000 Burmesen in der Landwirtschaft, in der Unterhaltungsindustrie, in privaten Haushalten oder bei der Müllentsorgung. Den bedeutendsten Teil der Arbeiterschaft stellen aber burmesische Frauen aus den Grenzgebieten, die zumeist von der Aussicht auf Arbeit in den ca. 300 großen Fabriken der Textilbranche angezogen werden, die hier in Mae Sot eine große Zahl an Arbeitsplätzen bieten.

Gleichzeitig ist es eben die Textilbranche, die am meisten vom Export in die westlichen Länder – besonders in die USA – abhängt. Hier sind die Folgen der Exporteinbrüche im Zuge der Wirtschaftskrise besonders stark zu spüren. Der lokale Vertreter eines thailändischen Industrieverbandes in Mae Sot beziffert den Rückgang der Auftragszahlen mit 12 Prozent. Die Arbeiterinnen geraten aus Angst um ihren Arbeitsplatz unter großen Druck. Viele Arbeitgeber senken ihre Löhne so weit, dass die Migranten bzw. Burmesen nicht mehr in der Lage sind, Geld zu ihren Familien nach Hause zu schicken. In vielen Fällen wurden ganze Großfamilien von solchen Überweisungen aus dem Ausland versorgt und das, obwohl die meisten Arbeitgeber an Migranten schon in wirt-

Die Autorin studiert Kulturwissenschaften an der TU Berlin und war Praktikantin der Burma-Initiative der Asienstiftung.



Die Unterkünfte sind mehr als dürftig.

Quelle: The Irrawaddy, Ausgabe 18, No. 3

schaftlich besseren Zeiten einen wesentlich niedrigeren Lohn zahlten als den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn.

Auch Thailands Regierung gerät unter Druck

Doch auch die thailändische Regierung geriet durch die Wirtschaftskrise hinsichtlich ihrer Migrationspolitik innenpolitisch unter Druck. Thailändische Arbeiter sehen in der großen Zahl von Arbeitsmigranten den Grund für einen großen Lohndruck, besonders in der Industrie. Vor allem den vielen Migranten, die ohne gültige Papiere ins Land kommen, wird häufig die Schuld gegeben. Deshalb machte es sich die thailändische Regierung Anfang 2010 zur Aufgabe, eine Registrierung aller nicht registrierten Arbeiter durchzuführen.

Dazu wurde in Zusammenarbeit mit burmesischen Behörden ein Registrierungsverfahren angeordnet. In diesem so genannten »Verfahren zur Überprüfung der Staatsangehörigkeit« müssen alle Arbeitsmigranten gültige Ausweispapiere vorlegen. Den Einwanderern wurde dazu eine Frist bis Ende Februar gesetzt. Bis zu diesem Datum sollten sich Migranten ohne gültige Papiere registrieren lassen – andernfalls drohte ihnen die Abschiebung ins Heimatland. Begleitet wurde der Verifizierungsprozess von groß angelegten Polizei-Razzien, bei denen Arbeiter massenhaft festgenommen und in Lager gesteckt wurden. Nach Bekanntmachung dieses Legalisierungsprozesses wurde von Seiten internationaler Menschenrechtsorganisationen starke Kritik laut.

Bis zum Ablauf der ersten Frist hatten sich nur 13.000 von geschätzten 1,1 Millionen Burmesen registrieren lassen. Gründe dafür sehen Kritiker neben den hohen Registrierungsgebühren besonders in der

Angst der Migrantinnen und Migranten vor Repressalien durch die burmesische Regierung. Dies rührt daher, dass der Registrierungsprozess gezwungenermaßen eine Übermittlung der Daten und damit der Identität des Betroffenen an die Regierung Burmas beinhaltet. Gerade dieser Fakt löst unter den burmesischen Einwanderer große Angst aus. Sie befürchten ihre zurückgebliebenen Familien zu gefährden. Es wird in Migrantenkreisen davon gesprochen, dass solche Familien zu Geldbußen und Zwangsarbeit durch die Militärjunta genötigt werden. Problematisch für die meisten der in Thailand arbeitenden Burmesen, die zumeist keine gültigen Papiere besitzen, ist auch, dass sie für die Beschaffung gültiger Dokumente gezwungen sind, zurück nach Burma zu reisen. Doch das scheuen viele aus Angst vor erneuter Verfolgung.

Wer ist Flüchtling – wer ist Arbeitsmigrant?

Von Seiten der UN wurde schärfste Kritik an den Abschiebedrohungen der thailändischen Regierung geäußert. Der UN-Experte für Migration, Jorge A. Bustamante, warnte die Regierung, dass sie durch ihre derzeit betriebene Migrationspolitik in den meisten Fällen das »Prinzip der Nicht-Zurückweisung von Flüchtlingen« missachten würden. Die meisten burmesischen Arbeitsmigranten stammen aus lebensbedrohlichen Verhältnissen. Falls sie zu einer Rückkehr in ihre Heimat gezwungen würden, sei das gleichbedeutend mit einer schweren Menschenrechtsverletzung.

Auf die Angriffe hin verteidigte die thailändische Regierung ihre Politik damit, dass es sich bei den Betroffenen eben nicht um Flüchtlinge, sondern um »illegale« Wirtschaftsmigranten handele. Doch: Wer

ist Flüchtling – wer ist Arbeitsmigrant? Gerade bei den Verhältnissen, die in den Gebieten der ethnischen Minderheiten Burmas herrschen, ist diese Frage nicht zu klären. Selbst wenn das finanzielle Auskommen das Hauptmotiv zum Verlassen der Heimat war, so sind doch die Gründe für die schlechte Ausgangslage in der politischen Situation Burmas zu suchen.

Welches konkrete Ziel Thailand mit seiner derzeitigen Migrationspolitik verfolgt, erscheint widersprüchlich. Wirtschaftlich gesehen ist es auf die Arbeitskraft der Migranten angewiesen. Schließlich gibt es auch eine nicht unbedeutende Zahl an Arbeitsmigranten aus Burma, die aufgrund von gültigen Arbeitsvermittlungsverträgen in Thailand arbeiten. Eine reine Abschiebepolitik kann also nicht das wahre Ziel des Verfahrens sein. Mit schätzungsweise 80 Prozent machen die Burmesen den größten Anteil an ausländischen Arbeitern auf dem thailändischen Arbeitsmarkt aus. Sollte Thailand wirklich die beabsichtigten Massendeportationen durchführen, würde der Staat

ren besonders viele niedrig qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht. Ein großer Teil der Migranten erreicht Malaysia als nicht registrierte Zuwanderer. Man schätzt, dass auf den Baustellen Malaysias sogar jeder zweite Bauarbeiter ohne gültige Arbeiterlaubnis angeheuert ist.

Auch hier hat sich seit der Wirtschaftskrise die Situation für die burmesischen Arbeiter verändert. Eine Entlassungswelle ist durch die Branche gegangen und Hunderte von den legal in Malaysia angestellten Arbeitsmigranten kehren nun nach Burma zurück. Was für ein Ausweg denjenigen bleibt, die nicht unter offiziellem Vertrag arbeiten, ist fraglich. Aus Kreisen burmesischer Migranten in Malaysia erfährt man, dass sich sogenannte »Agenturen« herausgebildet haben, die sich hohe Summen (bis zu 1.500 US-Dollar) zahlen lassen, um den Arbeitern eine Arbeitsstelle zu garantieren. Viele seien jedoch entlassen worden, bevor es ihnen gelungen war, das viele Geld für einen dieser »Agenten« zu erwirtschaften. Die große Not der »illegalen« Migranten treibt diese immer wieder in die Arme verbrecherischer Ausbeuter und es bleibt ihnen kein anderer Ausweg als für sie zu arbeiten.

Malaysia kann wie Thailand auf die burmesischen Migranten als Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor nicht verzichten, da in beiden Ländern durch das Wachstum auch weiterhin ein Arbeitskräftemangel besteht. Sowohl die Regierungen als auch die Unternehmer sind sich dessen bewusst, dass die Arbeitsmigranten eine wichtige Pufferfunktion in Krisenzeiten erfüllen, sind sie doch die ersten, die entlassen werden, sobald die Notwendigkeit besteht. Gerade Migranten ohne gültige Papiere haben dem extremen Lohndruck der Krise nichts entgegenzusetzen.

Im Zuge der Finanzkrise haben unzählige burmesische Migranten ihre Arbeit und damit jede Lebensgrundlage verloren. Bereits im Dezember 2008 veröffentlichte die burmesische Regierung in der staatlichen Zeitung *The New Light of Myanmar* einen Aufruf an all diejenigen, die ihren Job im Ausland verloren hatten, nach Hause zurückzukehren. Die Regierung würde ihnen mit Hilfe ihrer Ministerien zur Seite stehen. Doch an wen war dieser Aufruf wirklich gerichtet? Wer könnte sich auf die Hilfe verlassen?

Viele Migranten träumen davon, irgendwann einmal wieder in ihre Heimat nach Burma zurückkehren zu können. Wäre es jetzt besser für sie, das zu tun? Dennoch: Wer könnte diese Frage mit Sicherheit bejahen? Vielleicht lässt die Aussicht auf die Wahlen im Herbst 2010 in Burma neue Hoffnung aufkeimen, dass sich die Lage bessert und eine Rückkehr möglich wird. Zu wünschen ist es der Bevölkerung Burmas und den vielen Migrantinnen und Migranten allemal.



Burmesische Arbeitsmigrantinnen schufteten täglich hart, um Geld nach Hause zu schicken.

Quelle: The Irrawaddy, Ausgabe 18, No. 3

damit vor allem sich selbst schaden, denn Thailands Industrie hängt stark von den billigen Arbeitskräften ab. Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass Massendeportationen noch mehr Menschen in die Illegalität treiben würden.

Zwei Millionen Burmesen ohne gültige Papiere sollen in anderen Ländern arbeiten

Schätzungen zufolge arbeiten etwa zwei Millionen Burmesen ohne gültige Ausweispapiere in anderen Ländern. So gehört auch Malaysia seit anfang der 1990er Jahre zu den Ländern, die von den meisten burmesischen Arbeitsmigranten als Ziel angestrebt werden. Es ist besonders die Baubranche, die diese Migranten anzieht, denn dort werden seit vielen Jah-